
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

AKTUELLE STUNDE ZUR BILDUNGSVERWALTUNG

06.10.2011

Weiter erklärte Greilich im Rahmen der Aktuellen Stunde zur Bildungsverwaltung:

„Deshalb wollen wir alle Institutionen der Bildungsverwaltung in einer Institution zusammenfassen.

Uns kommt es daher darauf an, folgendes zu erreichen:

Wir wollen die Schulämter zu regionalen Beratungszentren für die Bürger entwickeln! Wir wollen näher ran an die Probleme von Eltern und Schülern!

Und wir zentralisieren nur Dinge, die keinen Bezug zur Region haben!

Die Zusammenführung von Schulaufsicht, Amt für Lehrerbildung, Institut für Qualitätssicherung und Führungsakademie bedeutet in der Praxis:

- Eine Institution und damit eine Fortbildungsstrategie, ein Fortbildungskonzept
- Eine Institution und damit ein Konzept zur Inspektion, Aufsicht und Beratung
- Eine Institution und damit optimaler Einsatz für die Sicherung und Weiterentwicklung von Unterrichtsqualität durch die Bündelung der fachlichen Ressourcen, insbesondere durch die Zusammenführung der Beratung vor Ort durch die Schulämter
- Eine Institution und damit optimale Ausnutzung der personellen und finanziellen Ressourcen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Bildungspolitik dieser Koalition – guter Unterricht, Ausbildung, Fortbildung, Beratung und Qualitätssicherung – werden in die neue Institution eingebracht und können mit Start der neuen Institution mit der Arbeit beginnen.

Wir verbinden mit der selbstständigen Schule eben nicht nur größere Autonomie der Schule im Sinne einer Selbstbewirtschaftung. Vielmehr rücken wir die Schule als Lebensraum in den Mittelpunkt! Deshalb müssen wir auch die Schule als eigentliche Stätte der Lehrerbildung mit größerem Gewicht in der Ausrichtung der Bildungsverwaltung

berücksichtigen. Dazu werden wir die Verzahnung zwischen Lehrerausbildung und Schule verstärken und das auch in der Struktur der Verwaltung abbilden.

Wir wollen die Schulämter vor Ort – und zwar an allen 15 bisherigen Standorten – zu Beratungszentren mit bestmöglicher Unterstützung vor Ort umgestalten. Auch eine zentrale Bündelung von Verwaltungsaufgaben hindert uns nicht daran, die Arbeitsplätze insbesondere auf der Ebene der Sachbearbeitung dort vor Ort zu belassen, wo die Mitarbeiter auch schon heute arbeiten. Unnötige Wechsel des Dienstortes und entsprechende Wegstrecken werden durch eine intelligente Organisation der zentralen Verwaltung vermieden.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de